

Mit fast allen Schulbauten im Zeitplan

Das Grossprojekt Bäumlihof-Sanierung für 103 Millionen Franken soll bis 2018 fertig werden

Von Markus Vogt

Basel. «Wir sind mit der Schulraum-offensive sehr gut unterwegs», erklärte Baudirektor Hans-Peter Wessels, als er gestern zusammen mit Erziehungsdirektor Christoph Eymann und Finanzdirektorin Eva Herzog eine erste Zwischenbilanz über das ambitionierte Vorhaben zog. Sie taten dies mitten im Geschehen, nämlich in einem Schulprovisorium auf dem Erlentmatt-Areal: Dort sind derzeit die Klassen des Bläsi-Schulhauses untergebracht.

Umgesetzt wird die Schulharmonisierung, die etliche bauliche Anpassungen nötig macht. Gleichzeitig werden an zahlreichen Schulbauten Sanierungen vorgenommen, die zum Teil schon längere Zeit anstanden, jetzt aber zusammen mit der Schulharmonisierung realisiert werden.

Insgesamt stehen 60 Bauprojekte auf dem Programm – 56 von ihnen befinden sich im grünen Bereich, das heisst, dass die Vorgaben bezüglich Kosten und Termin eingehalten werden können. Bei drei Vorhaben ist man heute nicht ganz sicher, ob es zeitlich reichen wird. Beim Schulhaus Volta ist es so, dass die Industriellen Werke in der Nähe ein Holzschnitzelkraftwerk planen – beide Planungen will man koordiniert vorantreiben, weshalb das Geschäft noch in der grossrächtigen Bau- und Raumplanungskommission hängt ist. Beim Schulhaus Erlentmatt hat sich im Lauf der Planung die erforderliche Kapazität verdoppelt, das zur Verfügung stehende Baufeld ist aber gleich geblieben; daher braucht es weitere Abklärungen. Auch beim Theobald-Baerwart-Schulhaus sind solche nötig, weil es im Kontext mit anderen Liegenschaften angeschaut werden muss.

Schulen in Provisorien

Ausser Plan geraten ist lediglich ein Projekt, der Neubau des Schulhauses Sandgrube. Dieses wurde, weil sich die Kosten unversehens anders als erwartet entwickelt hatten, um ein Jahr verschoben, damit man die Kostenberechnungen nochmals vornehmen konnte. Das Projekt befindet sich aber wieder im Plan, das Gesamtziel sei wegen dieser Verschiebung nicht gefährdet.

Die beste Phase für Änderungen an einem Schulhaus ist die unterrichtsfreie Zeit im Sommer – und so begann die erste Bauphase in den Sommerferien. Parallel in Angriff genommen wurden 45 Bauprojekte; an vielen Schulhäusern standen während des Sommers Gerüste und Provisorien. Die Schulräume sind gemäss den Bedürfnissen der neuen Schule auf- und umzurüsten. Diese Anpassungen lösten eine ganze Reihe weiterer Massnahmen und Arbeiten aus – so im Bereich des Brandschutzes, bei der Kanalisation oder der technischen



Neue Schule. Hans-Peter Wessels, Eva Herzog und Christoph Eymann äussern sich zu den Schulbauten. Foto Kostas Maros

Aufrüstung des Stromnetzes. Damit verbunden sind auch zahlreiche werterhaltende Sanierungen.

Die meisten Bauvorhaben konnten in den sechs Ferienwochen nicht vollständig realisiert werden, sie ziehen sich noch einige Wochen hin. Um den Unterrichtsbetrieb aufrechterhalten zu können, gibt es einige Provisorien. Zum Beispiel im St.-Johann- oder im Insel-Schulhaus, wo im Sockelgeschoss einige Räume so hergerichtet wurden, dass während des Umbaus Rochaden möglich sind. Der Unterricht konnte trotz dieser Erschwernis pünktlich am 12. August wieder starten – ausser im Insel-Schulhaus, wo neue Schäden zum Vorschein kamen und sich deshalb die Sanierung verzögerte.

Ängste unbegründet

Wo Rochaden nicht möglich waren, wurde der ganze Schulbetrieb für die Dauer des Umbaus in temporäre Schulbauten verlagert. So wurde das Bläsi-Schulhaus mitsamt dem für den Unterricht nötigen Material in 1585 Kartonschachteln in den temporären Schulbau auf der Erlentmatt gezügelt. Alles in allem gab es an 33 Schulstandorten eine Zügelaktion.

In den Temporärbauten stehen bisher 84 mobile Klassenzimmer zur Verfügung. Diese werden, gemäss den Bedürfnissen der Standorte, modular zusammengestellt und bieten einen erstaunlichen Komfort, wie die drei Regierungsglieder gestern erläuterten.

Gleiches war von der Schulleitung Bläsi-Erlentmatt zu hören: Die Ängste, man ziehe in einen minderwertigen Schulraum ein, hätten sich als unbegründet erwiesen. Die Stimmung sei gut, alle Lehrkräfte hätten neu beginnen müssen, seien quasi auf dem gleichen Standard. Obwohl nicht alles behindertengerecht sei (keine Lifte), könne man die Aufgabe in diesem einjährigen Provisorium gut bewältigen. Wegen des Lärms von der nahen Autobahn wurden dreifach verglaste Fensterscheiben eingesetzt.

Geplant ist nun, weitere 48 solche Klassenzimmer anzuschaffen, weil bei den Schulstandorten Bäumlihof und Luftmatt noch Bedarf besteht. Die Temporärbauten werden mehrfach genutzt. So werden als Nächstes die Module von der Erlentmatt auf die Luftmatt und vom Hebel-Schulhaus in Riehen nach Hinter Gärten (ebenfalls in Riehen) sowie nach Bettingen verschoben. Sie stehen mindestens bis zum Beginn des Schuljahres 2018/2019 im Einsatz. Was dann mit den Modulen geschieht, ist noch nicht klar. Der Kanton Basel-Stadt hat beim Kauf eine Rückübernahme Klausel ausgehandelt. Möglich wäre es aber auch, die Bauten an andere Interessenten zu veräussern.

Für die ganze Schulraum-Offensive steht ein Kostenrahmen von 790 Millionen Franken zur Verfügung. Die einzelnen Bauprojekte müssen aber noch vom Grossen Rat bewilligt werden. Die Investitionen verteilen sich auf zehn Bud-

getjahre bis 2020. Diverse Projekte befinden sich in unterschiedlichen Planungsphasen. Soeben vom Regierungsrat zu Händen des Grossen Rates verabschiedet wurde der Ratschlag für das Bäumlihof-Gymnasium: Die Regierung beantragt einen Baukredit von 103 Millionen Franken.

Eine Anlage für 1500 Schüler

Der von den Vischer Architekten erstellte, im Jahr 1974 in Betrieb gesetzte Komplex wird nach 40 Nutzungsjahren einer umfassenden Sanierung unterzogen. Die Schulanlage genügt technisch und funktional den heutigen Anforderungen nicht mehr und ist bauphysikalisch, energetisch und technisch veraltet. Dieser Schulstandort erfährt eine Sanierung der Innenräume und der Gebäudetechnik, die sieben Trakte werden bezüglich Energie und Sicherheit auf den neusten Stand gebracht. Die Anlage beherbergt 22 Klassen des Gymnasiums und 36 Klassen der Sekundarschule mit 1400 bis 1500 Schülern und rund 200 Lehrpersonen. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich bis in den Sommer 2018 dauern.

In Arbeit befinden sich derzeit Baukredit-Vorlagen für die Standorte Bachgraben, Erlentmatt und Schoren sowie für den Kindergarten Sandgrube, dazu ein Projektierungskredit für das Schulhaus Bettingen. In der Vorbereitungsphase befinden sich die Architektur-Wettbewerbe für Bläsi, Wasgenring, Gellert und Volta.

Krebstherapie für US-Patienten

Trotz Bedenken vor Haftklagen behandelt Unispital Amerikaner

Von Daniel Wahl

Basel. Es hat für Schlagzeilen im «Tages-Anzeiger» gesorgt, dass das Zürcher Universitätsspital keine Patienten mehr aus den USA und Kanada behandeln wird. Der Grund, den die Zürcher für ihre abweisende Haltung gegenüber Amerikanern anführen: Im Fall von ärztlichen Kunstfehlern könnte es zu Klagen vor nordamerikanischen Gerichten kommen, die ihr Urteil dann nach eigenem Recht fällen würden.

Auch das Universitätsspital Basel behandelt amerikanische und kanadische Patienten. In Kenntnis des guten Rufs des Spezialisten für «Neuroendokrine Tumore», Damian Wild, nehmen jährlich etwa 100 Amerikaner in Basel nuklearmedizinische Therapie in Anspruch; lassen also ihre Tumore im Magen-Darm-Bereich und der Bauchspeicheldrüse behandeln.

Keine schlechten Erfahrungen

Eine Veranlassung, solche Patienten nicht mehr zu therapieren, wie es die Zürcher machen, sieht das Unispital Basel nicht, sagt Sabina Heuss, Informatikbeauftragte des Basler Universitätsspitals. Zum einen würden die Patienten die Kosten im Voraus tragen, und damit sei man bis heute gut gefahren, erklärt Heuss. Am Basler Unispital sei es in diesem Zusammenhang auch zu keiner Klage gekommen, die je zu einer hohen Strafzahlung geführt hätte. Zum anderen befindet sich der Gerichtsstand in der Schweiz und nicht in den USA, führt Sabina Heuss aus.

Die Höhe der Entschädigung für Patienten im Schadensfall wird in Amerika auf ähnliche Weise wie in der Schweiz bestimmt. Allerdings kennen die USA und Kanada zusätzlich einen Strafschadenersatz – eine Spezialität, die es in der Schweiz nicht gibt.

Dass sich das Zürcher Spital darüber Sorgen mache und keine Patienten aus Übersee mehr therapiere, liege vielleicht in der Art der Behandlung, die in Zürich risikobehafteter sei als in Basel in der Nuklearmedizin, mutmasst Sabina Heuss. US-Patienten, die über den Notfall an ein Spital in der Schweiz gelangen, müssen ohnehin behandelt werden. Auch in Zürich.

Lindan-Abbau vorerst gestoppt

Novartis reagiert auf Messungen

Basel. Der Pharmakonzern Novartis stellt die Lindan-Sanierungsarbeiten in Huningue bis auf Weiteres ein. Atlas-tenexperte Martin Forter brachte die Geschichte vor einigen Wochen ins Rollen, als er die Öffentlichkeit auf die Emissionen aufmerksam machte. Gestern machte er mit der Veröffentlichung seiner eigenen Luftmessungen erneut Druck auf den Grosskonzern und forderte den Stopp des Projekts. Mit 94 Mikrogramm binnen zwanzig Tagen gipfelte seine Werte bei der Marina-Bar an der Uferstrasse im Kleinbasel.

Das Lufthygieneamt beider Basel (LHA) will die Messungen von Forter nicht kommentieren, da nicht bekannt sei, mit welchem Messgerät gearbeitet worden ist. Bei ihren eigenen Messungen sei aber ebenfalls Lindan nachgewiesen worden. Für die Bevölkerung bestehe weiterhin keine Gefahr, obwohl Referenzwerte für Lindanstaub in der Luft eigentlich fehlen. Eine weitergehende Risikoanalyse wurde angeordnet. Die Messdaten des LHA wurden den französischen Behörden sowie Novartis weitergeleitet, mit der Forderung, bessere Schutzmassnahmen zu treffen. Laut Angaben des LHA ging Novartis noch einen Schritt weiter und stoppte die Sanierungsarbeiten bis auf Weiteres gleich vollständig.

Novartis erklärt in einem Communiqué, dass die Emissionen nicht wie gehofft hätten reduziert werden können. Bereits seit Dienstag, einem Tag vor Forters Veröffentlichung, seien die Arbeiten eingestellt worden. Die Arbeiten würden so lange ruhen, bis die angestrebten Emissionsverhinderungen erreicht sind. gst

Bijouterie überfallen

Zwei Täter auf der Flucht

Basel. Gesucht werden zwei Männer, die gestern eine Bijouterie in der Steinenvorstadt überfielen. Die beiden betreten das Geschäft an der Ecke zum Steinstapfelberg um 9.30 Uhr und gaben vor, ein Schmuckstück im Wert von mehreren Tausend Franken kaufen zu wollen. Als die Verkäuferin eine Schublade öffnen wollte, packte sie der eine Mann von hinten und drückte sie zu Boden, der andere blockierte die Tür. Ein Passant hörte die Hilferufe der Frau und hielt Nachschau. Darauf flüchteten sie ohne Beute via Steinenbachgässlein.

Die beiden seien jeweils 25 bis 30 Jahre alt, circa 180 Zentimeter gross, schlank, sportlich, etwa 80 Kilo schwer, mit gepflegter Erscheinung sowie gebrochen Deutsch und Englisch sprechend. Der eine habe eine eher breite Kopfform, aufrechten Gang, dunkle Augen, blasses Gesicht, kurze schwarze Haare, Turnschuhe, eher helle Hose, dunkle Jacke, Mütze und Rucksack. Der andere habe sicheres Auftreten, eventuell einen Dreitagebart, kurze hellbraune Haare, hellere Jacke, Jeans und Turnschuhe. (Hinweise an Telefon 061 267 71 71.) mv

Juso verteidigen Geschlechterquote

Jungpolitiker kritisieren Männer-Seilschaften bei der Besetzung von Verwaltungsräten

Von Franziska Laur

Basel. Natürlich brauche es die Geschlechterquote, kontern acht Mitglieder der Juso Basel-Stadt, nachdem sich bürgerliche Frauen dagegen ausgesprochen haben. Der Grosse Rat hat in seiner letzten Sitzung eine Geschlechterquote von einem Drittel für öffentlich-rechtliche Betriebe beschlossen. Dagegen haben jungbürgerliche Parteien das Referendum ergriffen.

Es gebe durchaus junge Frauen und Männer, die eine Geschlechterquote für sinnvoll halten, melden sich nun die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Juso) zu Wort. Dies sei in der Debatte der vergangenen Tage völlig untergegangen. Vor allem sei jedoch am Inhalt des Themas vorbei argumentiert worden. «Heute ist bei der Besetzung eines Verwaltungsrates in einem staatsnahen Betrieb die Qualifikation nicht das alleinige Kriterium. Es geht im Wesentlichen um Beziehungen, Seilschaften und um Parteizugehörigkeit.»

Diese Realität würden die Gegnerinnen der Geschlechterquote nicht berücksichtigen. Die acht jungbürgerli-

chen Frauen hätten nach dem Beschluss des Grossen Rates in vorausseilender Beflissenheit propagiert, dass nie und nimmer die Quote entscheiden dürfe. Die oder der Beste müsse in Verwaltungsräte gewählt werden.

Qualifikation weniger wichtig

Untersuchungen belegen allerdings, dass bei der Besetzung eines Verwaltungsrates weniger die Qualifikation einer Person, sondern vielmehr Seilschaften eine Rolle spielen. Da 99 Prozent der Alphajobs von Männern besetzt sind, haben es Frauen dementsprechend schwerer, ihre Förderinnen zu finden. «Viele Männer in Politik und Wirtschaft schancen sich ihre Ämter einfach gegenseitig zu», sagt Juso-Mitglied Philip Schuler. Lavinia Fasciati, Vizepräsidentin der Juso, setzt hinzu: «Wir haben genug lange auf die Selbstregulierung gewartet.» Es brauche nun die Quote. Juso-Mitglied Miriam Baumeister verweist auf die hohe Belastbarkeit des weiblichen Geschlechts: «Frauen zeigen täglich, wie viel sie leisten können – mit der Quote haben sie auch in Verwaltungsräten die Chance dazu.»

«Ginge es nur um die Qualifikationen, wäre eine dermassen starke Untervertretung von Frauen in den öffentlich-rechtlichen Verwaltungsräten nicht die heutige Realität», sagt Lukas Wiss. Tatsächlich sind Frauen heutzutage besser ausgebildet als Männer. An Hochschulen und Universitäten studieren mehr Frauen als Männer. Trotzdem will Juso-Mitglied Anna Grüninger die Männer nicht schlechtreden: «Es gibt von beiden Geschlechtern genügend qualifizierte Personen, man muss sie nur suchen und finden.»

Es gehe absolut nicht darum, inkompetenten Frauen den Sprung in Ämter zu verhelfen, versichern die Juso. Ziel einer Quote sei es, die Spiesse gleich lang zu machen. Sei dies einmal umgesetzt, würde sich eine angemessene Beteiligung beider Geschlechter auf allen Ebenen einbürgern und auch die Quote dereinst überflüssig machen.

Allerdings folge die Familienpolitik in der Schweiz einem rückständigen Modell, sagt Fasciati. Es gebe beispielsweise noch zu wenig Jobsharing-Möglichkeiten, vor allem in leitenden Positionen. Auch das sollte sich ändern.